

Geteilte Meinung zu Bremens Schulden

Podiumsdiskussion des Bürgervereins Horn-Lehe mit Kandidaten zur Bürgerschafts- und Beiratswahl

VON ANDREAS BECKER

Horn-Lehe. Die Kandidaten für die Bürgerschafts- und Beiratswahl am 22. Mai laufen sich bereits warm. Der Bürgerverein Horn-Lehe hofft, dass im nächsten Stadtparlament Politiker vertreten sind, die dem Stadtteil wohlgesonnen sind. Auf einer gut besuchten Podiumsdiskussion mussten jetzt Politiker der Parteien zu lokalen Themen Farbe bekennen.

Um es vorweg zu nehmen: Mit gänzlich neuen Erkenntnissen gingen die Zuhörer nach knapp zwei Stunden nicht wieder nach Hause. Spektakuläre Überraschungen gab es nicht. Nach einer kurzen Einführung in das neue Bremer Wahlrecht bekamen die Politiker von Moderator Wilfried Müller, Rektor der Uni Bremen, das Wort – um zunächst über sich selbst zu sprechen.

Während Maren Bullermann (SPD), Marco Eilers (CDU), Christoph Spehr (Linke) und Werner Fincke (Bürger in Wut) in Horn-Lehe mehr oder weniger bekannt sind, hat der Schwachhauser Beiratssprecher Ralph Saxe (Grüne) bislang eher private Kontakte in den Stadtteil. Und mit Ulf-Brün Drechsel (FDP) präsentierte sich ein politisch unbeschriebenes Blatt. Er kandidiert als einziger der Diskutanten ausschließlich für einen Sitz im Beirat. Drechsel wurde in Celle geboren und wuchs in Horn-Lehe auf. Der FDP gehört er seit zehn Jahren an und schätzt den „liberalen Grundgedanken.“ Arbeit, Bildung und Sicherheit nannte er als dringliche Themen für den Stadtteil.

Telekom-Gelände im Fokus

Einig sind sich alle Kandidaten in ihrer Forderung, für das brachliegende Telekom-Gelände möglichst bald eine Lösung zu finden. „Das Kernproblem ist, dass die Telekom kein Interesse hat, diese Immobilienblase aus ihren Büchern zu entfernen“, sagte Saxe. Insofern nannte der Grüne es schwierig, das Unternehmen in dieser Frage „vor sich herzutreiben und Druck zu machen“. Werner Fincke hielt es für wünschenswert, auf dem Gelände einen Platz für die Horner Bevölkerung zu schaffen, etwa für das Mühlenfest. Maren Bullermann gab zu bedenken, dass viele Wünsche auf die Telekomfläche projiziert würden. „Der Bedarf, dort ein neues Stadtteilzentrum zu schaffen, ist fraglich“, sagte sie. Ein umfassendes Planungsverfahren sei nö-



Diskutierten auf Einladung des Bürgervereins Horn-Lehe, von links: Ulf-Brün Drechsel (FDP), Ralph Saxe (Grüne), Marco Eilers (CDU), Moderator Wilfried Müller, Maren Bullermann (SPD), Christoph Spehr (Die Linke) und Werner Fincke (BIW, Bürger in Wut).
FOTO: PETRA STUBBE

tig, und dieser Prozess werde lange dauern.

Mit teils unterschiedlichen Einschätzungen nahmen die Politiker zu einem Problem Stellung, das ihnen aus dem Publikum vorgehalten wurde. Angesichts der katastrophalen Haushaltslage Bremens sei es müßig, über Wünsche zu sprechen, die sowieso nicht bezahlbar seien. „Wir müssen eigentlich über Sparmaßnahmen sprechen“, forderte ein Besucher. Dazu argumentierte Christoph Spehr, dass die Altschulden aus seiner Sicht sowieso nicht bezahlbar seien. Da gehe es den anderen Bundesländern auch nicht viel besser. „Diese Schulden müssen in einen Bundesfonds. Alles andere ist Quatsch“, erklärte der Linke.

Ralph Saxe kündigte angesichts der notwendigen Sparmaßnahmen ein „Zähneklappern“ an, das nach der Wahl noch lauter werde. Aber zu dem strikten Haushaltskurs gebe es keine Alternative.

Werner Fincke warf die Frage auf, ob Bremen dauerhaft selbstständig bleiben wolle. Seine Partei favorisiere hierzu einen Volksentscheid. Weitere Forderungen: Alle Ausgaben gehörten auf den Prüfstand, und beim Länderfinanzausgleich müssten auch die Pendler berücksichtigt werden, die in Bremen arbeiteten, aber im Umland Steuern zahlten. Für Marco Eilers ist der richtige Weg, sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren. Der CDU-Politiker forderte, Bremen als Bundesland zu erhalten. Die

vorhandenen Ressourcen müssten in die Bildung investiert werden. Außerdem plädierte er dafür, das marode Unibad zu sanieren und zu erhalten. Sparziele seien durch eine schlankere Verwaltung und Kooperationen zwischen Bremen und Niedersachsen zu erreichen. „Warum schaffen wir die Deputationen nicht ab und schließen die Ortsämter in Borgfeld und Oberneuland? Das würde auch Geld sparen“, sagte er.

Drechsel meinte, die Stadt müsse neben dem Sparen neue Einkommensquellen erschließen. Aus seinen Qualitäten als Wirtschaftsstandort könne Bremen mehr machen. Als weitere Maßnahme nannte der FDP-Kandidat Bürokratietabbau.